

## Humanistische Union verweigert Kirchensteuereinzug

Die Humanistische Union hält das Verfahren beim Kirchensteuereinzug für kurzzeitig beschäftigte Aushilfskräfte für verfassungswidrig. Sie führt deshalb ab sofort diese Kirchensteuern nicht mehr ab. Diesen Standpunkt teilte sie in einem Schreiben dem zuständigen Finanzamt und dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen mit. Zur Begründung ihres Standpunkts heißt es in dem erwähnten Schreiben u. a.:

Aushilfskräfte werden ohne Lohnsteuerkarte beschäftigt, so daß uns die Konfessionszugehörigkeit dieser Aushilfskräfte nicht bekannt ist. Die steuerrechtlichen Bestimmungen sehen vor, daß in diesem Fall von dem pauschalen Lohnsteuersatz von 10 % ein Kirchensteuersatz von 7 % zu berechnen ist. Der so errechnete Kirchensteuersatz wird zu 2/3 der römisch-katholischen und zu 1/3 der evangelischen Kirche gutgeschrieben. Ein solches Verfahren verstößt eindeutig gegen die Kirchensteuerurteile des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Dezember 1965.

Auf Grund der kirchensteuerrechtlichen Lage wird z. B. eine konfessionslose Aushilfskraft gezwungen, Kirchensteuer zu zahlen. In dieselbe Lage gerät derjenige, der einer anderen als der römisch-katholischen oder evangelischen Glaubensgemeinschaft angehört. Aber auch Angehörige dieser beiden Glaubensgemeinschaften werden in ihren Grundrechten verletzt, da sie gezwungen werden, einen Teil ihrer Kirchensteuer an die jeweils andere Glaubensgemeinschaft zu zahlen. Dieser Zustand verstößt eindeutig gegen das Verbot des Bundesverfassungsgerichts, einen Arbeitnehmer durch staatliches Gesetz zur Kirchensteuerleistung zu verpflichten, obwohl er der jeweils steuerberechtigten Kirche gar nicht angehört.

## Vorschläge zum Sexualstrafrecht finden Beachtung

Wie in den Mitteilungen Nr. 46 berichtet hat die Humanistische Union in einem Schreiben an den Sonderausschuß für die Strafrechtsreform zum 4. Gesetz zur Reform des Strafrechts Stellung genommen. In diesem Schreiben gemachte Vorschläge wurden auch dem Bundesjustizministerium und den Justizministerien der Länder zur Kenntnis gegeben. Inzwischen hat sowohl der Bun-

Fortsetzung Seite 2

## Delegiertenkonferenz 1971

Der Vorstand der Humanistischen Union hat beschlossen die zweite ordentliche Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union für den 15. und 16. Mai nach Köln einzuberufen. Die Mitglieder und Ortsverbände der Humanistischen Union werden hiermit aufgerufen gemäß der Satzung und der Wahlordnung der Humanistischen Union Kandidaten für die Delegiertenwahl vorzuschlagen. Für das Vorschlags- und Wahlverfahren verweisen wir auf die diesen „Mitteilungen“ beiliegende Wahlordnung. Außerdem bitten wir die §§ 9–11 der Satzung zu berücksichtigen.

Die Delegierten werden in einzelnen Wahlkreisen, die mit den Bundesländern identisch sind, gewählt. Dabei kommt auf je angefangene 75 Mitglieder ein Delegierter.

Delegiertenkandidaten können von je einer Gruppe von mindestens 30 Mitgliedern oder von jeder Ortsverbandsmitgliederversammlung vorgeschlagen werden. Gewählt werden die Delegierten schriftlich von allem Mitgliedern der Humanistischen Union.

**Die Kandidatenvorschläge müssen beim Wahlleiter (Bundesgeschäftsstelle der Humanistischen Union in München) bis zum 28. Februar 1971 eingegangen sein.** Nachträglich eintreffende Kandidatenvorschläge können nicht berücksichtigt werden. Anträge an die Delegiertenkonferenz müssen bei der Bundesgeschäftsstelle bis zum 21. März 1971 eingegangen sein.

Die Kandidatenvorschläge müssen auf Formblättern erfolgen, die von der Bundesgeschäftsstelle zu beziehen sind.

## Gegen jegliche Härteklausel

Das Bundesjustizministerium hat die Humanistische Union um eine Stellungnahme zu dem vom Ministerium erarbeiteten Referentenentwurf zur Reform des Ehescheidungsrechts gebeten. In ihrer Stellungnahme hat sich die Humanistische Union vor allem mit aller Entschiedenheit gegen die Einführung einer sogenannten Härteklausel in das neue Ehescheidungsrecht gewandt. Nach dieser Härteklausel sollen auch zerrüttete Ehen dann nicht geschieden werden, wenn dies für einen der Partner eine „unzumutbare Härte“ bedeuten würde. In der ausführlichen Begründung ihrer Stellungnahme weist die Humanistische Union darauf hin, daß es Härten, die erst durch eine Scheidung entstehen überhaupt nicht gibt. Härten dieser Art entstehen bereits immer mit dem Scheidungsbegehren eines Ehegatten

und können gesetzlich überhaupt nicht verhindert werden. In Wirklichkeit ist die Härteklausel ein Zugeständnis an die dogmatische Ideologie der christlichen Kirchen. In der Wirklichkeit könnte die Härteklausel ähnlich verheerende Folgen haben wie der derzeit gültige § 48 des Ehegesetzes. Das nach dem Scheitern verbleibende Rechtsband bietet dem an der Ehe festhaltenden Partner keinerlei sachlichen Vorteil. Das einzige was es ihm gibt, ist die Macht, dem anderen zu schaden, seine persönliche Bewegungsfreiheit einzuengen und ihn zu nicht geschuldeten Vermögensleistungen zu zwingen. So gesehen entpuppt sich die kirchlicher Ideologie entstammende Härteklausel als reine Erpressungs- und Rache-klausel und stellt eine Perversion des Rechts dar.

## Rationalisierung der Beitragszahlung

Regelmäßige Zahlungen werden oft vergessen. Das ist verständlich, bereitet uns aber viel Mühe und Arbeit, die politisch sinnvoller investiert werden könnten. Um Ihnen und uns die Arbeit mit den Beitragszahlungen zu erleichtern bieten wir Ihnen jetzt die Möglichkeit Ihre Beiträge mittels Lastschrift einzuzahlen. Wenn Sie die diesen Mitteilungen beiliegende Einzugsermächtigung ausfüllen, unterschreiben und uns zurückschicken, brauchen Sie sich nie mehr um die Beitragszahlung zu kümmern. Wir übernehmen alle für Sie damit zusammenhängenden Arbeiten und lassen bei Fälligkeit den Beitrag von Ihrem Bank- oder

Postscheckkonto abbuchen. Es würde die Arbeit der Humanistischen Union ungeheuer erleichtern, wenn alle Mitglieder sich entschließen könnten diesem Zahlungsverfahren beizutreten.

Da jeder Buchungsvorgang Zeit und damit Geld kostet ist die jährliche Zahlungswise die rationellste. Wir bitten Sie möglichst diese zu wählen. Bitte beachten Sie auch, daß bei diesem Einzugsverfahren Beträge unter DM 10,- nicht eingezogen werden können. Daher ist beim Normalbeitrag bestenfalls eine vierteljährliche Zahlungswise möglich.

des Justizministers sowie die Justizminister bzw. -Senatoren Baden-Württembergs, Hamburgs, Hessens und Nordrhein-Westfalens auf unsere Eingabe geantwortet.

Im Bundesjustizministerium sind unsere Vorschläge „mit großem Interesse“ zur Kenntnis genommen worden. Der hessische Justizminister stimmt mit unseren Auffassungen „in weitem Maße“ überein. Im Brief aus Nordrhein-Westfalen heißt es: „Ich werde Ihre Ausführungen bei der weiteren Behandlung des vierten Gesetzes zur Reform des Strafrechts im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigen.“

## Jugendprotest und politische Bildung

Die Tagung, die zu dem Thema „Jugendprotest und politische Bildung“ in Hamburg stattfand wurde von 62 Teilnehmern besucht. Von den Teilnehmern waren 18 Lehrer und 7 Journalisten. Die technische Organisation der Vorbereitung und Durchführung der Tagung hatte der Ortsverband Hamburg übernommen.

Die Referate der Tagung hielten Prof. Dr. Grosser (Wie kann Demokratie heute verstanden werden) Prof. Dr. Metzger (Politische Bildung aus psychologischer Sicht) und Dr. Güthling (Schulumilieu und Schülermitverantwortung). Entsprechend den Referatsthemen bildeten sich drei Arbeitsgruppen, die die gründliche Durcharbeitung der jeweils gestellten Problematik versuchten.

Zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen kam es in der Arbeitsgruppe Prof. Dr. Grossers. Insbesondere stieß sein mechanistisches Demokratie-Modell auf Widerspruch. Die Auseinandersetzung führte jedoch zu einer eingehenden Beschäftigung mit der Frage nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen und Implikationen der politischen Struktur eines demokratischen Staates. Eingehend wurde herausgearbeitet, daß die Weiterentwicklung demokratischer Strukturen und demokratischen Bewußtseins entscheidend von der gesellschaftlichen Entwicklung und damit gesellschaftlichen Veränderungen abhängt.

Die im Referat von Prof. Metzger vorgetragenen Thesen mochten manchen Seminarteilnehmer zunächst mal als altbekannte und selbstverständliche Einsichten der psychologischen Forschung erscheinen. Die nähere Beschäftigung mit ihnen, insbesondere Ihre Konfrontation mit der Schulwirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland zeigte aber wie problematisch und keineswegs selbstverständlich sie sind. An zahlreichen Einzelaspekten konnte verifiziert werden, daß alle Mühe in der politischen Bildung vergeblich ist, wenn die Schulpraxis selbst nicht demokratisch gehandhabt wird.

Das Referat Dr. Güthlings und die Arbeitsergebnisse der sich mit seinen Ausführungen beschäftigende Gruppe konkretisierten diese Einsichten gewissermaßen an einem

praktischen Modell. Dr. Güthling vermittelte sehr ausführlich die Erfahrungen mit dem sogenannten Buxtehuder Modell.

Die Auswertung des Seminars ist noch im

Gange. Sobald sie abgeschlossen ist, hoffen wir interessierten Mitgliedern ausführliches Material zur Verfügung stellen zu können.

## Die Tabus der deutschen Presse

Wie seinerzeit angekündigt fand in München am 5. und 6. Dezember 1970 ein Kongreß zum Thema „Die Tabus der deutschen Presse“ statt. Veranstalter waren neben der Humanistischen Union der Deutsche Schriftsteller-Verband und die Deutsche Journalisten-Union. Der Kongreß fand vor allem im Rundfunk eine sehr große Resonanz. Die Referate des Kongresses werden im Frühjahr 1971 im Hanser-Verlag erscheinen. Mitglieder der Humanistischen Union können das Buch dann über die Geschäftsstelle beziehen.

Zum Auftakt des Kongresses sprach Prof. Dr. Schweppenhäuser (Lüneburg) zum Thema „Vergötzte Ordnung – Das System wird nicht in Frage gestellt“. Er wies einerseits auf die vollständige Abhängigkeit der Zeitungspressen vom gesellschaftlichen System hin, deutete andererseits Möglichkeiten der Emanzipation an. Das wachsende Bewußtsein der Journalisten eröffne die Chance, daß sie „die verdummende, registrierende, passivmachende, die Konsumenten auf den menschenunwürdigen Zustand einschwörende Zeitungsware bekämpfen und um einer qualitativ anderen Zukunft willen preisgeben lernen“.

Hans-Dieter Müller, Autor des Buches „Der Springer-Konzern“, stellte sein Referat unter die Frage „Arbeitswelt – kein Thema für die Presse?“. Obwohl die Arbeitswelt den entscheidenden Bereich von über 80 % der Bevölkerung ausmache, habe sie in der Presse nur einen Stellenwert von etwa 5 %. Wirklich kritische, aufklärende Berichte fehlten überhaupt.

Professor Dr. Klaus Peter Kisker, Direktor des Instituts für Konzentrationsforschung an der „Freien Universität“ in West-Berlin, referierte über den Wirtschaftsteil der Presse: „Public Relations statt objektiver Berichterstattung“. Anhand von Auswertungen der Blätter „Frankfurter Rundschau“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Die Welt“ und „Handelsblatt“ wies er nach, daß im Wirtschafts-

tionsgegenstand, ‚Wirtschaft‘ auf Informationen für Unternehmer reduziert wird. Die Lage der Lohnabhängigen und Probleme der Konsumenten werden nicht als eigenständige Kommunikationsziele, sondern – wenn überhaupt – in ihrer Bedeutung für die Kapitalexpansion behandelt.“

Die beiden Sozialarbeiter Lothar Gothe und Rainer Kippe vom Verein für sozialpädagogische Sondermaßnahmen, Köln, schilderten das Presseschicksal der sozial Unterprivilegierten. Ihr Elend und gesellschaftliches Fehlverhalten werde von der Presse sentimental als Schicksal verdunkelt. Sie forderten die Journalisten auf, sich zu „Dolmetschern der Sprachlosen“ zu machen.

Rolf Sülzer vom Institut für Publizistik der Westberliner FU beschäftigte sich in seinem Referat mit der Frage „Interessieren an Demonstrationen nur Zwischenfälle? – Sensation statt Information“. Auch über Demonstrationen, über ihren Sinn, ihre politischen Ziele vor allem, werde kaum berichtet und wenn, dann zumeist unter Begriffen wie „Krawall“ oder „Kriminalität“.

Ansgar Skriver vom Westdeutschen Rundfunk lieferte in seinem Referat zahlreiche Beispiele für „Tabus in der Auslandsberichterstattung“. Der Bielefelder Jugendrichter Helmut Ostermeyer zeigt anhand einer Zeitungsanalyse auf, daß die Gerichtsreportage mit falschen Klischees arbeite, den Kriminellen grundsätzlich als den Bösen hinstelle, den Richter als weise und gerecht schildere, „eher zu gütig als zu streng“, den Verurteilten schließlich meist als kläglich oder reuig. *Gesellschaftliche Ursachen der Kriminalität würden totgeschwiegen, statt dessen würden durch die Gerichtsreportage Anpassung und gesellschaftliche Resignation gefördert.*

Prof. Dr. Ulrich Sonnemann beleuchtete in seinem Referat „Pardon wird nur nach oben gegeben“, Kapitulations- und Beschwichtigungsmechanismen einer Presse, „die nach einem überlieferten deutschen Verständnis oder Mißverständnis dieses Begriffs liberal ist“.

Eckart Spoo, der neue Bundesvorsitzende der Deutschen Journalisten-Union in der IG Druck und Papier, unterstrich in seinem Schlußwort, daß die einzige realistische Perspektive für ein Angehen gegen die von Unternehmern verordneten Tabus in der gewerkschaftlichen Organisation und im gewerkschaftlichen Kampf der Journalisten liege. Gerade den tabuisierten Themen in der Presse komme ein eminentes öffentliches Interesse zu.

(Aus Versehen wurde dieser Artikel in verschiedenen Schriftgrößen gesetzt. Wir bitten dies zu entschuldigen.)

## Elterninitiative und Kindergartenarbeit in Karlsruhe

Von M. Rudolph

Der in Karlsruhe angestrebte freie Kindergarten nimmt als 1. freies Kindertagesheim Gestalt an. In einer Stadt, in der – außer der AWO – nur konfessionelle Institutionen Kindergärten unterhalten, deren Zahl zudem bei weitem nicht ausreicht, ist es ein

dringendes Anliegen fortschrittlicher Bürger, der demokratischen, emanzipatorischen Erziehung eigene Wirkungsstätten zu schaffen.

Um zu einem ersten Resultat zu gelangen, waren rastlose Bemühungen und Einsätze

vonnöten. Die interessierten Eltern schlossen sich zur „Aktion Vorschulkind“ zusammen. Im Juli 1970 wurden eine Wochenend-schulung für Eltern und eine Demonstration für mehr und moderne Kindergärten durchgeführt. Seit dieser Zeit trifft sich die Elterninitiativgruppe regelmäßig, um wichtige erzieherische Probleme zu erörtern und die Schaffung freier Kindergärten zu forcieren.

Zunächst war daran gedacht, den ersten freien Kindergarten in einer Privatwohnung einzurichten. Die Wohnungssuche scheiterte an der kinderfeindlichen Haltung der angesprochenen Hausbesitzer. Unsere Freunde stießen allenthalben auf strikte Ablehnung. Nach zahlreichen Verhandlungen stellte schließlich die Stadt durch Unterstützung fortschrittlicher Bediensteter und des 1. Bürgermeisters ein von Studenten bewohntes älteres Haus zur Verfügung. Eltern der „Aktion“ und Mitglieder der HU halfen diesen Studenten bei der Zimmer-suche, Renovierung der zu beziehenden neuen Zimmer und beim Umzug, um schneller über das Haus zu verfügen. Augenblicklich werden von ca. 16 Eltern in Feierabend- und Wochenendeinsätzen die Räume dieses städtischen Hauses hergerichtet, von Tapetenwechsel, Deckenanstrich bis zur Lackierung des Holzwerkes. Daneben galt es Öfen, Öltanks und Einrichtungsgegenstände zu beschaffen. Mindestens 200 freiwillige Arbeitsstunden sind dabei bisher schon geleistet worden. Jetzt hoffen wir, daß am 1.2. 1971 in dem zweigeschossigen Haus mit zwei Kindergruppen die Arbeit begonnen werden kann.

Die von der Stadt zur Verfügung gestellten Mittel sind knapp, vor allem in Anbetracht der völligen Neueinrichtung. Freiwillige Spenden werden angenommen und können an „Aktion Vorschulkind e.V.“ 75 Karlsruhe, Postscheckkonto Nr. 1497 29 eingezahlt werden. (Spendenquittungen werden ausgestellt.)

Außerdem waren Mitglieder der HU beim Stadtplanungsamt vorstellig, um zu erreichen, daß in einem neuen Wohnviertel mit ca. 600 Wohnungen auch Kinderspielplatz, Kindergarten bzw. Kindervorschulgarten mit eingeplant werden. Wenn es eine Möglichkeit gäbe, das Projekt zu finanzieren, würde die HU dort einen weiteren freien Kindergarten gestalten. Die Anstrengungen und Einsätze zeigen auch hier, daß fortschrittliche Erziehungseinrichtungen an der Finanzierungsfrage scheitern.

Aus diesem Grunde formulierte der Ortsverband der HU mit den 2 vorgenannten Elterninitiativgruppen einen Antrag an die SPD-Bundesfrauenkonferenz in Nürnberg. Er lautete:

„Wir beantragen eine gesetzliche Regelung, die es ermöglicht aus Bundesmitteln Elterninitiativen zu unterstützen, die sich speziell mit der Erziehung in der frühen Kindheit

und in Zusammenhang damit, mit den Problemen vorschulischer Erziehung beschäftigen und aktiv an der Verbesserung und der Schaffung von mehr Plätzen in vorschulischen Einrichtungen arbeiten.“

Dieser Antrag hat keine Annahme gefunden, da der Bund für die Bereitstellung solcher Mittel nicht zuständig sei. Unter Mitwir-

kung unserer HU-Freunde wurde dann ein Initiativantrag von den Delegierten Baden-Württembergs ausgearbeitet, das sich an die Bundesländer richtet und diesem die schnellstmögliche Bereitstellung von Landesmitteln für die Einrichtung und der Unterhaltung von Eltern und Initiativgruppen verlangt.

## Kurzberichte - Informationen - Einladungen

### Regionalverband Vordertaunus gegründet

Am 9. Januar hat sich in Kronberg/Taunus ein Regionalverband Vordertaunus der Humanistischen Union konstituiert. Zur ersten Vorsitzenden wurde Frau Irmhild Rischbieter (6231 Schwalbach, Feldbergstr. 4) gewählt. Beisitzer sind die Herren Volker Hummel (6376 Oberhöchstadt, Altkönigstr. 51) und Frau Almut Ganser (6231 Schwalbach, Hessenstraße 27). Wir bitten alle Mitglieder, die dem Regionalverband angehören wollen dies Frau Rischbieter umgehend mitzuteilen.

### Berichte für „Mitteilungen“

Die Redaktion der „Mitteilungen“ bittet noch einmal alle Orts- und Landesverbände über ihre Arbeit zu berichten. Leider kommt es immer wieder vor, daß die Bundesgeschäftsstelle erst aus der Presse von örtlichen Veranstaltungen der Humanistischen Union erfährt. In solchen Fällen ist es natürlich auch nicht möglich in den „Mitteilungen“ Veranstaltungstermine anzukündigen. Wir bitten daher alle Veranstaltungen und Aktionen so rechtzeitig wie möglich mit Termin und Veranstaltungsort der Bundesgeschäftsstelle mitzuteilen.

Alle Texte für die „Mitteilungen“ bitten wir unbedingt doppelzeilig und mit einem breiten Rand zu schreiben. Außerdem bitten wir Unterstreichungen möglichst sparsam einzusetzen, da sie für den Druck meistens wieder herauskorrigiert werden müssen.

Am Schluß der Spalte „Kurzberichte Informationen Einladungen“ werden wir von der nächsten Ausgabe „Mitteilungen“ an den voraussichtlichen Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen bekannt geben, so daß sich die Ortsverbände nach diesem Termin richten können. Der voraussichtliche Redaktionsschluß der nächsten Nummer der Mitteilungen wird der 28. Februar sein.

### Meinungsdiktatur im Bayerischen Rundfunk verhindern

Die bayerischen Ortsverbände der HU haben in einem gemeinsamen Aufruf die Mitarbeiter des bayerischen Rundfunks aufgefordert, entschieden allen Bemühungen zu begegnen, den Rundfunk zu einem reinen Instrument der CSU-Politik zu machen. Solche Bemühungen waren in der letzten Zeit durch die Presse bekannt geworden. Die bayerischen Ortsverbände erinnern die Rundfunkmitarbeiter daran, daß sie dabei nicht nur ihre Interessen zu vertreten, sondern vor allem den vom Grundgesetz dem Rundfunk und der Presse gegebenen Auftrag des Artikels 5 zu verteidigen haben. Sie weisen weiterhin darauf hin, daß die

Redaktionsstatutenbewegung in der Presse die Möglichkeiten aufzeigt, wie der drohenden Meinungsdiktatur der CSU begegnet werden könnte.

### HU-Kindergarten

Am Donnerstag den 18. Februar findet im Ortsverband Hamburg eine Mitgliederversammlung statt, auf der über das Problem der Kindergartenerziehung gesprochen werden soll. Referentin ist Frau Dr. Annemarie Tausch vom psychologischen Institut der Universität Hamburg. Die Veranstaltung steht im Zusammenhang mit der Prüfung der Frage, ob der Ortsverband in Hamburg einen HU-Kindergarten gründen soll. Über die Ergebnisse dieser Prüfung werden wir zu gegebener Zeit ausführlich berichten.

Am 21. Januar veranstaltete der Ortsverband einen Vortrag zu dem Thema „die Benachteiligung der Frauen im Wirtschaftsleben“. Referenten waren Frau Helga Schuchart, Mitglied der Bürgerschaft der Stadt Hamburg und Frau Renate Frank von der DAG.

### Vielfältige Aktivitäten des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen wird vom 7. - 9. Mai in Essen ein weiteres Kindergartenseminar veranstalten. Interessenten wenden sich bitte an den Arbeitskreis Vorschulerziehung c/o Ursula Popp, 42 Oberhausen-Sterkrade-Nord, Forststr. 35. Der Arbeitskreis Vorschulerziehung hat jetzt eine Resolution erarbeitet, die in einem Schreiben dem Kultusminister von Nordrhein-Westfalen unterbreitet wurde. In dieser Resolution wird ausführlich auf die politische und psychologische Bedeutung der Vorschulerziehung hingewiesen. Interessenten an der Resolution wenden sich bitte direkt an den Arbeitskreis.

Der Landesverband hat eine Stichprobenbefragung von Mitgliedern und Interessenten in Essen und Jülich veranstaltet. Dabei ging es um die Frage, welchen Problemen und Themen sich die HU vorwiegend widmen sollte. Nach der Häufigkeit der Nennungen wurden folgende Vorschläge gemacht: Kirchenprivilegien im Bildungs- und Wohlfahrtsbereich, Straffreiheit der Schwangerschaftsunterbrechung, Aufklärung über die Auswirkung des geltenden Bodenrechts, exemplarische Untersuchungen über Herrschaftsstrukturen in Betrieben, Aufklärung über die Modalitäten der Beendigung der Kirchensteuerpflicht, Schülermitbestimmung, Aufhebung der sogenannten Pornographie, Klassenloses Krankenhaus und Entkonfessionalisierung der Grundschule.

In Schreiben an die Bundesminister Dr. Gerhard Jahn und Käthe Strobel berichtet der Landesverband ausführlich über die Ergebnisse seiner Kampagne zur Straffreiheit der Schwangerschaftsunterbrechung (vgl. „Mitteilungen“ Nr. 46). Dabei teilte der Landesverband mit, daß unter den bei der Kampagne verwendeten offenen Brief an den Bundesjustizminister während den Straßenaktionen in Köln 540, in Essen 590, in Düsseldorf 1860 und in Dortmund 840 spontane Unterschriften von Passanten gesammelt wurden.

### HU Hessen will demokratischen Gehalt des hessischen Uni-Gesetzes verteidigen

Bei ihrer 6. ordentlichen Landeskonferenz haben die Vorsitzenden der hessischen Ortsverbände der HU den wiedergewählten Landessprecher Dr. Joa-

chlm Kahl beauftragt, gegenüber den Partnern der neuen sozialliberalen Landesregierung das Interesse der HU an der Wahrung des demokratischen Gehalts des hessischen Universitätsgesetzes zum Ausdruck zu bringen. Unter dem Einfluß konservativer Ordinarien forderte exponierte hessische FDP-Politiker eine (Rückwärts-)„Novellierung“ dieses Gesetzes, das von der bislang alleinregierenden SPD im vorigen Landtag durchgebracht worden war und wichtige Regelungen für eine allmähliche Demokratisierung der Universitäten enthält. Bei der HU-Landeskonferenz herrschte Übereinstimmung, daß es in Hessen künftig auch Aufgabe der HU sein müsse, die FDP immer wieder daran zu erinnern, daß sie ihr gutes Abschneiden bei den hessischen Wahlen ganz überwiegend progressiven Wählern verdankt. Die hessische HU will sich für eine Entkonnfessionalisierung der Vorschulerziehung einsetzen und den Ausbau eines Schülerberatungsdienstes fordern, der (auf freiwilliger Basis) den Schülern bei der Bewältigung von Rauschmittel- und Rauschgiftproblemen helfen soll und sie in Fragen der Empfängnisverhütung und der Geschlechtskrankheiten beraten soll. Von den hessischen Zeitungsverlegern und vom Hessischen Rundfunk soll die Beschränkung bzw. Einstellung der Reklame für umweltbedrohende phosphathaltige Waschmittel gefordert werden. Zu HU-Landesbeauftragten wurden gewählt:

Dr. Kurt Exner, Darmstadt (Umweltfragen); Arnulf Hopf, Marburg (Kindergartenfragen) Annegret Kahl, Ffm (Schulfragen) Klaus Scheunemann, Frankfurt/m (Strafvollzug, Helmerziehung, Psychiatrie) Renate Scheunemann, Frankfurt/M (Frauenemanzipation).

#### Wer tötete Rüdiger Schreck?

Der Ortsverband München hat in einer Pressekonferenz am 7. Januar der Öffentlichkeit neue Ermittlungsergebnisse über den Tod des Demonstranten Rüdiger Schreck vorgelegt. Der Student Rüdiger Schreck war neben dem Jour-

nalisten Klaus Frings das zweite Todesopfer der Demonstrationen Ostern 1968. In der Öffentlichkeit wurde die Schuld am Tode des Studenten von vornherein den Demonstranten zugeschrieben, bevor noch die Ermittlungen überhaupt aufgenommen wurden. Diese Einseitigkeit kennzeichnete auch die weitere Arbeit der Staatsanwaltschaft. Am 24. 4. 1969 stellte sie dann zunächst das Ermittlungsverfahren mit der Feststellung ein: „Weitere Ermittlungsmöglichkeiten sind nicht gegeben.“

Der Bruder des Toten, der Wirtschaftsingenieur Reinhard Schreck, hat unter Aufwendung erheblicher Mittel die wahren Umstände des Todes seines Bruders aufzuklären versucht. Vor kurzem hatte sich auch Günter Wallraff des Falles angenommen und Untersuchungen angestellt. Alle Ergebnisse dieser Ermittlungen lassen einen ehemaligen Polizeibeamten zumindest der Tat dringend verdächtig erscheinen. Alle seinerzeit am Tatort anwesenden Polizeibeamten wurden von der Staatsanwaltschaft im ersten Ermittlungsverfahren verhört, dieser Beamte nicht! Inzwischen sah sich die Staatsanwaltschaft gezwungen, die Ermittlungen wieder aufzunehmen.

Am 20. Januar 1971 veranstaltete der Ortsverband zusammen mit einigen anderen Organisationen einen Vortragsabend zu dem Thema „Die Lehrerausbildung in Bayern“. Referent war der ASTA-Vorsitzende der PH München Ludwig Würffel.

#### Butzbacher Strafgefangene begrüßen Diskussionen mit OV Friedberg

Eine Umfrage des HU-Ortsverbandes Friedberg/Bad Nauheim hat ergeben, daß Bildungsarbeit im Gefängnis von den Butzbacher Strafgefangenen als vorrangige Aufgabe der HU gesehen und begrüßt wird. Der Ortsverband Friedberg/Bad Nauheim trifft seit einiger Zeit mit Gefangenen der Strafanstalt Butzbach zu Diskussionen zusammen, insbesondere zur Erörterung von Entlassungsproblemen. Nach Auffassung der Butzbacher Diskussions-

gruppe sollte sich die HU außer um die Gefangenenausbildung vor allem um die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs, um die Errichtung klassenloser Krankenhäuser und um die Kennzeichnung der Polizei bemühen. Nach Mitteilung des Friedberger HU-Vorsitzenden Günter R ü n g e n e r beabsichtigen die Butzbacher Gefangenen, sich durch die Sammlung von Geld und die Herstellung von Spielzeug mit einer Gruppe sozial benachteiligter Kinder zu solidarisieren. Mehrere Butzbacher Gefangene sind inzwischen der HU als Mitglieder beigetreten.

Mit Befremden hat inzwischen die Humanistische Union eine Entscheidung des stellvertretenden Leiters der Strafanstalt Butzbach zur Kenntnis genommen, wonach von einer größeren Zahl ursprünglich eingeladenen Gäste nur 3 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft an einer Vorführung der Laienspielgruppe der Anstalt teilnehmen durften. Zu den ausgeladenen Gästen gehörten unter anderem auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Schlaga und der Landtagsabgeordnete Willi Görlach.

Außerdem erschwerte der stellvertretende Anstaltsleiter bei dieser Gelegenheit Gespräche der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft mit Gefangenen und einer Reporterin des Hessischen Rundfunks. Schließlich ließ er die Arbeitsgemeinschaftsmitglieder sogar aus der Anstalt weisen.

#### Programmplanung in Bremen

Der Ortsverband Bremen teilt mit, daß er seine Mitglieder für jeden ersten Mittwoch im Monat zu einer Diskussionsrunde einlädt.

Weiterhin sind Vortragsabende zu folgenden Themen geplant:

„Wilder Streik – soziologische und verfassungsrechtliche Gesichtspunkte“ (Dr. R. Großmann), „Sprache und Politik“ (Referent R. Wenzel) und schließlich eine Lesung mit dem Schriftsteller Kurt Hiller.

## Diskussion

### Darlehen für Abtreibung?

Die Kampagne für Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung in NRW (Siehe Bericht in „Mitteilungen“ Nr. 46) argumentierte u. a. mit der Behauptung „Frauen aus niedrigeren Einkommensstufen können die Kosten eines fachmännisch vorgenommenen Eingriffs kaum aufbringen und sich in der Regel nur einer unzureichenden Behandlung unterziehen, bzw. sie werden Kurfuschern in die Arme getrieben“.

Diese Argumentation – aber auch andere – blieb nicht ohne Kritik. Den Kritikern muß jedoch folgende Rechnung entgegengehalten werden, die uns im Zusammenhang mit der Kampagne bekanntgeworden ist; wobei das in jedem Einzelfall unterschiedliche Ausmaß der Ängste, Verzweiflungen und irrationalen Lösungsversuche unerwähnt bleiben soll.

Anruf z. B. in der Klinik in London	ca. DM 10,-
Fahrtkosten nach Düsseldorf	ca. DM 20,-
Flugkosten von Düsseldorf nach London	DM 553,-
Behandlungskosten für 2 Tage	DM 1800,-
	zusammen rund DM 2500,-

Herr Klawitter sollte bei seinem Besuch dem Bundesjustizminister folgende Frage stellen:

Wann gedenkt die Bundesregierung Schluß zu machen mit der Diskriminierung einkommenschwacher Bevölkerungsgruppen durch eine eher feudalen als sozialen und humanen Lebensverhältnissen dienenden Gesetzgebung?

Karl Cervik, Essen

### Kritik ist nicht linksradikal ...

Den Ausführungen von Herrn Riempp in den „Mitteilungen“ Nr. 45 möchte ich widersprechen.

Die Meinung, die Gefahr von links sei größer als die Gefahr von rechts, ist mir vollkommen unverständlich. Wenn wir sehen, mit welchen Mitteln die Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition in Bonn von rechts bekämpft wird, so tun wir doch ganz klar erkennen, von wo Gefahr droht. Vorfälle, wie z. B. bei der CSU-nahen „Aktion Widerstand“ in Würzburg (Aufruf zur Lynchjustiz und Volksverhetzung) oder das Gastarbeiterurteil von München machen in erschreckender Weise deutlich, welcher Geist auch heute noch in weiten Kreisen der Bundesrepublik herrscht.

Von einem Vordringen linksradikaler Ideen in unserer Jugend kann meiner Meinung nach nicht gesprochen werden, und ich kann mir dieses Urteil vielleicht erlauben, da ich sowohl privat als auch geschäftlich (Lehrlingsausbildung) lange Zeit mit Jugendlichen zusammengearbeitet habe. Daß sich die Jugend heute mit der sozialistischen Idee auseinandersetzt, und zwar kritisch, kann ich bestätigen und halte das für sehr nützlich. (Siehe das Engagement der linken Jugendgruppen für die Prager Reformer).

Die Situation an den Hochschulen kenne ich zu wenig, um mir über den „geistigen Terror“ der linksradikalen Gruppen ein Urteil erlauben zu können. Aus Diskussionen mit Studenten weiß ich jedoch, daß ein Engagement der Öffentlichkeit gegen die autoritäre Manipulation, die Jahrzehnte mit den Studenten geübt wurde, nicht erfolgte. Zusammenfassend erscheint es mir jedenfalls wesentlich wichtiger, aktiv für die Ziele der Humanistischen Union zu arbeiten, als einen vollkommen sinnlosen Kampf gegen einige unbedeutende Extremistengruppen führen zu wollen.

Peter Bernhardt, Frankfurt/M.

Für diese Mitteilungen ist Leo Derrick verantwortlich, für den Diskussionsteil Jürgen Scheschewitz. Humanistische Union e. V., 8 München 23, Destouchesstraße 48, Telefon: 30 20 96/97. Redaktionsschluß 15. 1. 1971 Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678. Postscheck München 104200.

Diesen Mitteilungen liegen die Beitragsrechnung 1971 und die Wahlordnung der HU sowie eine Einzugsermächtigung für Beiträge bei.